

## PROTOKOLL

AUFGENOMMEN ÜBER DIE 21. ORDENTLICHE SITZUNG DES **GEMEINDERATES** DER STADTGEMEINDE BAD VÖSLAU AM 18. JUNI 2014, UM 19.00 UHR, IM STADTAMT BAD VÖSLAU, UNTER DEM VORSITZ VON HERRN BÜRGERMEISTER DI CHRISTOPH PRINZ.

Anwesend: Herr Vizebürgermeister Gerhard Sevcik, die Mitglieder des Stadtrates Bmstr. Ing. Martin Koisser, Inge Kosa, Dr. Alexander Majewski, Thomas Mehlstaub, Mag. Thomas Schneider, OSR Renate Voigt, Franz Wertek, Prof. Dr. Franz Sommer, Elisabeth Schirk und Karl Lielacher sowie die Mitglieder des Gemeinderates Franz Dorner, Mag. Christina Grasl, Bettina Gschaider, Maria Krenn, Oliver Proske, Jörg Redl, Doris Sunk, Robert Sunk, Anita Tretthann, Gerald Wagner, Hans Wobornik, Ing. Birgit Wohlfahrt, Arch. DI Andreas Zimmermann, Peter Gerstner, Helmut Leicher, Elisabeth Nemansky, Ing. Bernhard Tschirk, Emma Kerper, Wolfgang Reiterer, Karl Wallner, Georg Herzog, Heidelinde Kreitner M.Ed. M.Sc., Klaus Zlabinger, Abg.z.NR Dr. Eva Mückstein und Dr. Ernst Tiefgraber.

Abwesend entschuldigt: ---

Schriftführer: Herr Andreas Klingelmayer

Zuhörer: 10

Nachdem die ordnungsgemäße Einladung sämtlicher Mitglieder des Gemeinderates laut Einladungskurrende vom 11.6.2014 bzw. 12.6.2014 nachgewiesen und eine beschlussfähige Anzahl erschienen ist, eröffnet der Herr Bürgermeister die Sitzung mit der Begrüßung der Anwesenden.

Die Tagesordnung der Sitzung wurde vom Stadtrat in seiner Sitzung am 11.6.2014 zustimmend zur Kenntnis genommen und ist gemäß § 46, Abs. 4 der NÖ Gemeindeordnung seit 12.6.2014 an der Amtstafel öffentlich angeschlagen.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

### I. Öffentliche Sitzung

1. Das Protokoll der 20. ordentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 30.4.2014 wurde gemäß § 53, Abs. 4 der NÖ Gemeindeordnung rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

Herr Bürgermeister DI Christoph Prinz stellt fest, dass keine schriftlichen Einwendungen gegen das Protokoll vom 30.4.2014 abgegeben wurden, womit das Protokoll als genehmigt gilt.

2. Herr Gemeinderat Peter Gerstner als Obmann des Prüfungsausschusses verliest auszugsweise das dem Original-Gemeinderatsprotokoll beiliegende Prüfungsausschussprotokoll vom 4.6.2014.

Der Herr Bürgermeister DI Christoph Prinz erklärt, dass er zum Bericht vom 4.6.2014 gemäß § 82, Abs.3 der NÖ Gemeindeordnung 1973 keine Stellungnahme abgibt und dankt für die umsichtige Prüfung.

Der Bericht wird nach einer Wortmeldung von Herrn Gemeinderat Helmut Leicher und Erläuterung durch Herrn Bürgermeister DI Christoph Prinz mit 2 Stimmenthaltungen (GR Leicher und GR Ing. Tschirk, FPÖ) zur Kenntnis genommen.

Herr Bürgermeister DI Christoph Prinz übergibt den Vorsitz an Herrn Vizebürgermeister Gerhard Sevcik.

Herr Vizebürgermeister Gerhard Sevcik übernimmt den Vorsitz.

3. Herr Bürgermeister DI Christoph Prinz berichtet:

- a) Ich darf die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates auch heuer wieder ersuchen, am Stadtfest aktiv mitzuwirken und Kassendienste zu übernehmen.
- b) Ich darf mich bei allen Vereinen für die ausgezeichnete Zusammenarbeit beim Jubiläumsfest am 31. Mai herzlich bedanken. Das Konzert mit der Dia-Show wird auf Grund der großen Nachfrage am 6. September wiederholt.

Herr Vizebürgermeister Gerhard Sevcik übergibt den Vorsitz.

Herr Bürgermeister DI Christoph Prinz übernimmt wieder den Vorsitz.

Herr Stadtrat Franz Wertek verlässt den Sitzungssaal.

4. Herr Stadtrat Thomas Mehlstaub berichtet:

- a) Für das Betriebsgebiet Ost – das ist der Bereich zwischen der Kläranlagenstraße, der Flugfeldstraße, dem Wr. Neustädter Kanal und der Kompostierungsanlage – haben sich folgende weitere Interessenten um ein Grundstück beworben:

Frau Gabriele Wallner, wohnhaft, 2540 Bad Vöslau, Franz Prendingerstraße 29, zur Errichtung eines Gewerbebetriebes für den Handel mit Elektrowaren sowie Reparaturarbeiten.

Ich beantrage auf Grund des Teilungsplanes des Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen DI Andreas Hornyik & Partner, GZ 6503/09-K2 vom 27.3.2014, das Grundstück 918/2 – an der Energiestraße liegend – im Ausmaß von 1.759 m<sup>2</sup>, zum Kaufpreis von € 102.445,- an Frau Wallner zu verkaufen und den vorliegenden Kaufvertrag zu genehmigen. Über dieses Grundstück führt die 110kV-Leitung, dies ist im Preis mit einem Nachlass berücksichtigt.

Der Kaufpreis wird entsprechend der im Gemeinderat beschlossenen Vereinbarung mit den Miteigentümern des BB-Ost prozentuell aufgeteilt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- b) Für das Betriebsgebiet Ost – das ist der Bereich zwischen der Kläranlagenstraße, der Flugfeldstraße, dem Wr. Neustädter Kanal und der Kompostierungsanlage – haben sich folgende weitere Interessenten um ein Grundstück beworben:

Glaserei Christian Schagl (Frau Wanzenböck Anita), derzeit 2540 Bad Vöslau, Breitegasse 35, zur Errichtung eines Gewerbebetriebes für den Handel mit Glaswaren sowie Reparaturarbeiten

Ich beantrage auf Grund des Teilungsplanes des Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen DI Andreas Hornyik & Partner, GZ 6503/09-K3 vom 4.4.2014, das Grundstück 918/NEU – als Fahnenparzelle an der Energiestraße liegend – im Ausmaß von 1.133 m<sup>2</sup>, zum Kaufpreis von € 62.651,- an Frau Wanzenböck Anita, Pettingengasse 18, 2551 Enzesfeld, zu verkaufen und den vorliegenden Kaufvertrag zu genehmigen. Dieses Grundstück ist als Fahnenparzelle konfiguriert und

es führt eine 110kV-Leitung darüber; dies ist im Preis mit einem Nachlass berücksichtigt.

Der Kaufpreis wird entsprechend der im Gemeinderat beschlossenen Vereinbarung mit den Miteigentümern des BB-Ost prozentuell aufgeteilt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- c) Bezugnehmend auf den Gemeinderatsbeschluss vom 25.9.13 – Grundabwicklung Autobahnanschlussstelle Bad Vöslau – darf ich berichten, dass mit Herrn Wertek eine Einigung erzielt werden konnte.

zur Erinnerung:

Aufgrund der Weiterführung eines Begleitweges im Bereich Kreisverkehr Vöslauer/Grasl war auch eine vermehrte Grundinanspruchnahme von Grundstück 1094, KG Vöslau, Grundbesitzer Wertek – 828 m<sup>2</sup> – notwendig. Das im Gemeindeeigentum stehende Nachbargrundstück 1095 sollte für den Flächenaustausch zur Verfügung stehen. Durch die obbeschriebene Maßnahme verblieb auf diesem Nachbargrundstück eine zu geringe Restfläche – 520m<sup>2</sup>.

Die verbleibenden 308 m<sup>2</sup> mit Widmung BB – A sollen nun gegen Parzellen im Grünland (Parzelle 1013/2 – 570 m<sup>2</sup>) und Weg (Restparzelle 1020/2 – 521m<sup>2</sup> und 1020/4 – 213 m<sup>2</sup>) – zusammen 1.304 m<sup>2</sup> eingetauscht werden. Diese Grünland- und Wegparzellen liegen unmittelbar östlich der Anschlussstelle Bad Vöslau und sind von Parzellen im Eigentum von Wertek umschlossen. Ein Wertausgleich findet nicht statt.

Ich beantrage, dem vorgeschlagenen Abtausch zuzustimmen und die Wegparzellen zu entwiden.

Der Antrag wird nach einer Wortmeldung von Herrn Stadtrat Prof. Dr. Franz Sommer einstimmig angenommen.

Herr Stadtrat Franz Wertek betritt wieder den Sitzungssaal.

5. Herr Stadtrat Thomas Mehlstaub berichtet:

Der Neubau der Thermenhalle wurde mit Leasing finanziert. Der Leasingvertrag endet mit 31.08.2014. Der vertraglich vereinbarte Restkaufpreis beträgt zu diesem Stichtag € 359.291,78. Dieser Kaufpreis wird mit den per 31.08.2014 angesparten Kauttionen gegenverrechnet. Sämtliche beim Kauf anfallenden Kosten, Abgaben, Gebühren, Steuern, Kosten für Beglaubigungen und der Verbücherung sind laut Vertrag von der Stadtgemeinde zu tragen. Die Kosten für die Abrechnung und Vertragserstellung durch die Unicreditleasing betragen € 2.500,00. Gleichzeitig mit dem Kaufvertrag ist eine Aufhebungsvereinbarung zum bestehenden Immobilienleasingvertrag abzuschließen und die Übertragung des Bestandsrechtes erforderlich.

Ich beantrage, das Objekt Thermenhalle zu obgenannten Bedingungen zurückzukaufen und die Aufhebungsvereinbarung zum Leasingvertrag und die Übertragung des Bestandsrechtes zu erwirken.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

6. Herr Stadtrat Thomas Mehlstaub berichtet:

Frau Franziska Magg, wohnhaft Wehrgasse 2/12, 1050 Wien, hat auf dem gemeindeeigenen Grundstück 260/7, EZ. 694, KG Vöslau (Verbindungsweg vom Maital zum Malfattiweg) eine Stiegenanlage (Seiteneingang zum Grundstück 230/2, EZ 1262, KG Vöslau) errichtet und ersucht um prekaristische Überlassung der beanspruchten Grundstücksfläche.

Die Stadtgemeinde als Eigentümerin gestattet Frau Franziska Magg die Benützung dieser Liegenschaftsteilfläche von ca. 1,2 m mal 2,2 m zum Zwecke der Benützung dieser Stiegenanlage. Bei Beendigung des prekaristischen Nutzungsvertrages ist der ursprüngliche Zustand auf eigene Kosten wieder herzustellen.

Die Überlassung erfolgt ab sofort auf unbestimmte Zeit gegen jederzeit möglichen Widerruf. Frau Franziska Magg leistet ab 2014 eine jährliche Verwaltungspauschale von € 150,-, zahlbar jeweils am 15. Februar des Jahres (erstmalig 15.8.2014).

Ich beantrage, dem vorliegenden prekaristischen Nutzungsvertrag zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

7. Herr Stadtrat Thomas Mehlstaub berichtet:

Frau Claudia Schriefl, wohnhaft Leopold Jariusstraße 6, 2602 Blumau, hat in der gemeindeeigenen Liegenschaft Hochstraße 23 Räumlichkeiten im Ausmaß von 40,54 m<sup>2</sup> seit 01.11.2010 im 1. Obergeschoß gemietet. Laut § 2 des Mietvertrages kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten jederzeit von Seiten der Mieterin gekündigt werden. Am 31.03.2014 ist ein schriftliches Kündigungsschreiben eingelangt.

Ich beantrage, der Auflösung des Mietvertrages per 30.06.2014 zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

8. Herr Stadtrat Thomas Mehlstaub berichtet:

Dem Verein „Startbahn, Verein für Arbeits- und Beschäftigungsinitiativen“ wurde im April 1997 eine Liegenschaft in der Dr. Mayr-Gunthof-Straße und 2004 eine Liegenschaft in der Brunngasse mietrechtlich überlassen. Die damals zu tätigen Investitionen wurden vertragsgemäß dem Mietzins gegenverrechnet.

Nunmehr wurden Rechnungen der Zeiträume 2003 bis 2012 hinsichtlich Dr. Mayr-Gunthof-Straße und 2011 bis 2012 hinsichtlich Brunngasse in der Höhe von insgesamt € 179.927,83 mit dem Ersuchen um Mietvertragsverlängerung, vorgelegt. Für 2013 werden keine Investitionen und somit Mietvertragsgegenrechnungen anfallen.

Die Prüfung ergab eine Anerkennung von € 60,736,32, was einer Mietsvertragsverlängerung für die Brunngasse von 8,6 Jahren ergibt. Die Mietfreistellung aufgrund der seinerzeit getätigten und anerkannten Kosten läuft noch ab 2014 5,7 Jahre. Bei ob beschriebenen Anerkennung ergäbe sich (aus heutiger Sicht) eine Mietfreistellung von 14,3 Jahren.

Im Vertrag hinsichtlich Dr. Mayr-Gunthof-Straße tritt keine Änderung ein. Diese Mietfreistellung aufgrund der seinerzeit getätigten und anerkannten Kosten läuft noch ab 2014 13,8 Jahre – somit bis Ende August 2027.

Dieser Mietfreistellungszeitraum ist aus heutiger Sicht zu sehen. Vertragsmäßig vorgesehen und derzeit noch nicht fällige Indexanpassungen sind noch nicht berücksichtigt. Bestandsverbessernde Investitionen, die als solche anerkannt werden, führen zu einer Verlängerung der Mietfreistellung, eine Indexanpassung zu einer Verkürzung.

Ich beantrage den Mietvertrag aus dem Jahr 2004 betreffend Brunngasse (Liegenschaft EZ. 145, KG Gainfarn) um die ob beschriebene Zeit zu verlängern und die Vertragsänderung zu genehmigen. Das Mietverhältnis würde somit aus heutiger Sicht mit Ende März 2028 enden.

Der Antrag wird nach einer Wortmeldung von Herrn Gemeinderat Helmut Leicher und Erläuterungen durch den Herrn Bürgermeister mit 2 Stimmenthaltungen (GR Leicher, GR Ing. Tschirk, FPÖ) mehrheitlich genehmigt.

## 9. Herr Stadtrat Thomas Mehlstaub berichtet:

Der NÖ Zivilschutzverband hat bei der Stadtgemeinde für das Jahr 2014 um finanzielle Unterstützung angesucht.

Ich beantrage – wie in den Vorjahren – € 0,11 pro Einwohner zur Anweisung zu bringen. Das ist bei 11.268 Einwohner á € 0,11 ein Gesamtbetrag von € 1.239,48.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

## 10. Herr Stadtrat Thomas Mehlstaub berichtet:

Seit der letzten Gemeinderatssitzung ist folgendes Ansuchen um Subventionierung der Saalmiete für Veranstaltungen bei der Stadtgemeinde eingelangt:

Volksheim Gainfarn

Pensionistenverband Gainfarn/Großau, Kränzchen am 10.05.2014 € 150,00

Ich beantrage, die oben genannte Veranstaltung mit 50 % zu subventionieren.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

## 11. Herr Stadtrat Bmstr. Ing. Martin Koisser berichtet:

In Fortsetzung der bisherigen Sitzungen erlaube ich mir zum Projekt „Betreutes Wohnen“ in Bad Vöslau zum Auswahlverfahren hinsichtlich Grundstück und Bauträger zu berichten. Zur Bedarfserhebung wurde ein Fragebogen im Stadtanzeiger und auf der Homepage der Stadtgemeinde veröffentlicht. Es wurden bisher Meldungen von 210 Personen für 149 Wohnungen abgegeben, diese teilen sich auf:

- sobald wie möglich: 37 Wohnungen (47 Personen)
- in ca. 3 Jahren: 36 Wohnungen (53 Personen)
- in ca. 5 Jahren: 76 Wohnungen (110 Personen)

Zu den Anfragen an die Bauträger gibt es fünf positive Rückmeldungen von Bauträgern, davon sind jedoch nur vier gemeinnützige Bauträger. Aufgrund der Bedarfserhebung ergibt sich ein kurz- bzw. mittelfristiger Bedarf von ca. 73 Wohnungen, welche - aufgrund der Fördersituation - sinnvollerweise in getrennten Bauabschnitten (zu derzeit je 29 Wohneinheiten) errichtet werden sollten. Das auszuwählende Grundstück muss daher eine gewisse Größe, Konfiguration, Bebaubarkeit und Erweiterungsmöglichkeit aufweisen. Für die Weitergabe eines Grundstücks ist vom Bauträger ein jährlicher Baurechtszins zu zahlen, welcher sich nach der Grundstücksgröße und dem Grundstückspreis richtet.

In der erweiterten Ausschusssitzung am 15.05.2014 wurde vereinbart, folgende Einschränkungen für die weiteren Schritte zu machen:

- a) Bauträger: die 4 gemeinnützigen Bauträger (Heimat Österreich, NÖSTA, Südraum und WET) verbleiben im Auswahlverfahren.
- b) Grundstücke: die 2 Grundstücke „Heilquellengasse“ und „Prendingerstraße“ verbleiben im Auswahlverfahren.

Die vier Bauträger wurden zu getrennten Gesprächen (Hearings) am 17.06.2014 eingeladen. Hierbei wurden die einzelnen Themenbereiche gezielt erörtert.

Die nächste Ausschusssitzung findet am 16.7.2014 statt.

Ich beantrage, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

## 12. Herr Stadtrat Dr. Alexander Majewski berichtet:

- a) Ich beantrage, dem Fremdenverkehrsverein Bad Vöslau für die Aktivitäten im Jahr 2014 eine Subvention in Höhe von insgesamt € 9.000,- zu gewähren, wovon € 3.000,- sofort für die Sommeraktivitäten ausbezahlt werden sollen, der Rest im Herbst. Ich beantrage, diese Subvention zu genehmigen und wie gewünscht auszubezahlen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- b) Die Lebenshilfe Bad Vöslau–Wohnhaus veranstaltet heuer keine Urlaubsaktion, sondern ersucht um Zuschuss für die Bewohner des Lebenshilfe Wohnhauses Bad Vöslau für diverse Freizeitaktivitäten wie Ausflüge, Exkursionen, Projektstage, sportliche Unternehmungen und vor allem therapeutische Aktivitäten wie Agility mit Therapiehunden, Trommeln für Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung, therapeutisches Reiten, etc. Ich beantrage, für diese Aktivitäten eine Subvention in Höhe von € 500,-- (wie in den Vorjahren für die Urlaubsaktion) zu genehmigen und in den Folgejahren diesen Betrag vorzusehen und zu übernehmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

## 13. Herr Stadtrat Prof. Dr. Franz Sommer berichtet:

Für die Arbeiten am Schloss Gainfarn im heurigen Jahr - Dachdeckungsarbeiten, Schutz des Haupt- und Konzertgebäudes vor Hangwasser, Anschlussfuge Dachstuhl Mauerwerk, Vergrößerung Streicherraum und Wirtschaftsraum, Bodenverdichtung - wurden vom Planungsbüro Ernst KARL PlanungGesmbH eine Reihe von Ausschreibungen durchgeführt bzw. nach Preisverhandlungen folgender Vergabevorschlag vorgelegt: alle Kosten inkl. Mwst.

Baumeisterarbeiten für Schutz des Haupt- und Konzertgebäudes vor Hangwasser, Vergrößerung Streicherraum und Wirtschaftsraum	
Fa Pfnier, Oberpullendorf	38.384,62
Dachdecker und Spengler für Kuppelanschluss	
Fa. Drascher, Wien	16.582,30
Elektroinstallation	
Fa. Herzog und Wallner, Bad Vöslau	5.102,11
Maler und Anstreicher	
Fa. Petter, Teesdorf	3.280,80
Sanitär	
Fa. Reichel, Bad Vöslau	7.620,00
Bodenleger	
Fa. Gaster, Traiskirchen	2.057,64
Fliesenleger	
Fa. Stanzl, Bad Vöslau	3.980,76
Holzboden	
Fa. Schlieper, Bad Vöslau	12.127,62
Trockenbau	
Fa. Faur Constantin, Sollenau	2.225,70
Türsysteme	
Fa. Rossmann, Gaishorn	5.712,00

Bodengutachten eines Statikers und abhängig vom Ergebnis Bodenverdichtung geschätzt	<u>30.000,00</u>
--	------------------

Damit ergibt sich eine Summe inkl. MWSt.	127.073,55
--	------------

Hinsichtlich Windfang hat das Planungsbüro Ernst KARL PlanungsGesmbH dem Schutzzonen-Gremium einen neuerlichen Entwurf über die Gestaltung vorgelegt. Es ist ein sich „spiegelnder Würfel“ geplant, der nicht direkt mit dem halbrunden Vorbau verbunden ist, sondern über eine transparente Verglasung angekoppelt wird. Es war angedacht, die Außenwände aus hochglanzpoliertem Edelstahl auszubilden, in denen sich das Hauptgebäude spiegelt. Das Schutzzonen-Gremium hat den Entwurf als gut empfunden, lediglich das angedachte Vordach wurde als nicht erforderlich und störend erachtet. Die Detailausbildung ist für die Baubewilligung und Zustimmung des Bundesdenkmalamtes noch zu überarbeiten.

Diese obbeschriebene Ausgestaltung fand aber nicht die Zustimmung des Ausschusses, weshalb im Stadtrat am 11.6.2014 einvernehmlich festgelegt wurde, dass Herr Baudir. Arch. DI Andreas Zimmermann einen zeitnah einen Termin mit dem Büro Karl, Herrn Stadtrat Bmstr. Ing. Martin Koisser, Herrn Bürgermeister DI Christoph Prinz und Herrn Stadtrat Prof. Dr. Franz Sommer vereinbaren wird, wo Skizzen eines Windfangs - in Glas gehalten (ähnlich Kursalon parkseitig) diskutiert werden sollen. Weiters wurde festgelegt, gleichzeitig in der heutigen Gemeinderatssitzung auch eine Pauschalsumme von € 48.000,- inkl. MWSt. für den Bau des Windfangs zu beschließen.

Samt Honorar für Büroleistungen von € 21.360,00 ergeben die Kosten für die heurige Sanierung sowie die geschätzten Kosten für den Windfang eine voraussichtliche Gesamtsumme von € 196.433,55 inkl. MWSt. Im Voranschlag sind € 220.000,00 vorgesehen.

Ich beantrage, die Kosten zu genehmigen und die Arbeiten wie genannt zu beauftragen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

#### 14. Frau Stadtrat Elisabeth Schirk berichtet:

Die Fassadenflächen des 23 Jahre alten Kiga Gerichtsweg weisen Risse, Wasserschäden und Ausbleichung der Farbe auf, deshalb ist eine Sanierung des Verputzes notwendig. Nach einer Ausschreibung gingen folgende Firmen als Bestbieter hervor (Kosten exkl. MWSt.):

Baumeisterarbeiten, Fa. Teerag-Asdag, € 77.216,96

Malerarbeiten, Fa. Hauer, € 3.516,-

Ich beantrage, o.g. Gesamtkosten, welche voranschlagsmäßig gedeckt sind, in der Höhe von € 80.732,96 zu genehmigen und die Arbeiten an die Bestbieter zu vergeben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

#### 15. Frau Stadtrat Elisabeth Schirk berichtet:

In Anbetracht der für Jungfamilien immer schwieriger werdenden Finanzsituation soll auch im Jahr 2014 wieder die Aktion „Schulstarthilfe“ durchgeführt werden.

Ich beantrage, allen Schulanfängern (erste Klasse Volksschule) mit Hauptwohnsitz in Bad Vöslau, die Geschwister haben und deren Familie Familienbeihilfe für mindestens 2

Kinder bezieht, eine einmalige Subvention von € 50,- als Schulstarthilfe zu gewähren. Der Antrag hierfür muss bis spätestens Ende Oktober 2014 gestellt werden.

Der Antrag wird nach einer Wortmeldung von Herrn Stadtrat Prof. Dr. Franz Sommer einstimmig angenommen.

16. Herr Vizebürgermeister Gerhard Sevcik berichtet:

Für die Errichtung einer Stromtankstelle gemeinsam mit Wien Energie GmbH liegt nunmehr ein Vertrag vor. Die Tankstelle ist am Schlossplatz unmittelbar nördlich des Pizzalokals geplant. Laut Vereinbarung übernimmt die Gemeinde die Kosten für die Lieferung der Tankstelle in der Höhe von einmalig € 2.947,88 inkl. MwSt. nach Förderung durch das Land NÖ und den Klima- und Energiefonds. Sämtliche Montage- und Installationsarbeiten trägt Wien Energie. Ebenso werden die Instandhaltung und der Betrieb der Anlage von Wien Energie getragen. Die Mindestvertragslaufzeit beträgt 10 Jahre. Die Tankstelle wird sowohl für E-Bikes, E-Scotter als auch Elektroautos geeignet sein. Ich beantrage dem Vertrag zuzustimmen und die Kosten zu genehmigen.

Der Antrag wird nach Wortmeldungen von Herrn Gemeinderat Helmut Leicher, Herrn Gemeinderat Dr. Ernst Tiefengraber, Herrn Stadtrat Thomas Mehlstaub und Frau Stadtrat Elisabeth Schirk sowie erläuternden Bemerkungen von Herrn Bürgermeister DI Christoph Prinz einstimmig angenommen.

17. Anträge gemäß § 46 Abs. 1 NÖ GO 1973:

a) Herr Gemeinderat Peter Gerstner berichtet:

„Remise“ und Umgebung

In der 13. GR-Sitzung vom 12.12.2012 beschloss der Gemeinderat gegen massive Einwendungen mit einer Mehrheit von 20 : 15 Stimmen die Erstellung eines „Masterplan Bad Vöslau Nord“ „für die langfristige Entwicklung zur Schaffung von Betriebsansiedlung. Hierzu sollen die weiteren Arbeitsschritte nunmehr gemeinsam mit dem Büro SET und dem Büro Liske in Angriff genommen werden. Dies bedeutet die Zusammenführung der einzelnen Teilbereiche (rechtliche Grundlagen, technische Infrastruktur, Ökologie und Grünraum, Wirtschaftlichkeit, Grundstücksoptionen) mit den Vorgaben der Stadtgemeinde.

Nach Durchführung dieser Zwischenschritte und Einarbeitung der relevanten Vorgaben soll der Masterplan - in Abstimmung mit dem Büro SET und dem Büro Liske - fertiggestellt werden und die rechtlichen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit (Kooperationsvertrag) ausgearbeitet werden.“ (cit. Prot. 12.12.12)

Laut Bericht des Hrn. Bürgermeisters liegen nun diverse Gutachten, insbesondere zur schützenswerten Fauna und Flora, zur Hydrologie, zur Geologie, zur Auswirkung von Bebauung auf die Grundwassersituation und damit auf die „Remise“, zur Feinstaub- und Lärmbelastung, zu den Auswirkungen zusätzlicher Verkehrsbelastung etc. vor. Diese Gutachten sollen nun von DI Zimmermann zusammengeführt werden und in einen Bebauungs- und Flächenwidmungsplan einfließen.

Die vorliegenden Gutachten sind den GemeinderätInnen bislang nicht bekannt. Um den GemeinderätInnen die Befassung mit den Ergebnissen der Untersuchungen zu ermöglichen und um einen angemessenen Informationsstand der EntscheidungsträgerInnen herzustellen, wird daher beantragt, den politischen Fraktionen das Konvolut sämtlicher Gutachten in der Originalversion (allenfalls elektronisch auf Dropbox o. ä.) zur Verfügung zu stellen.

Herr Gemeinderat Dr. Ernst Tiefengraber bemängelt, dass das Konzept Betriebsgebiet Nord nicht mit dem Kurstadtgedanken und dem Umweltschutz vereinbar sei (da ein

Unterschied zwischen einer Kurstadt wie Bad Vöslau und Industriestädten wie Traiskirchen besteht) und die Grünen eine Beeinflussung der Umwelt im „Quadratkilometerbereich“ befürchten.

Herr Stadtrat Bmstr. Ing. Martin Koisser erläutert, dass die Gemeinde Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung schaffen muss.

Herr Stadtrat Thomas Mehlstaub gibt zu bedenken, dass ohne die passenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Abwanderung von Betrieben droht.

Herr Stadtrat Mag. Thomas Schneider erläutert, dass über 25 ha, nicht über einen Quadratkilometer - also 100 ha - gesprochen wird.

Herr Gemeinderat Dr. Ernst Tiefengraber erläutert zu dieser Wortmeldung, dass in der Erstpräsentation durch die Fa. SET eine verbaute Fläche von 70 ha vorgeschlagen wurde, Herr Gemeinderat DI Andreas Zimmermann korrigierte diese Zahl in der folgenden Gemeinderats-Sitzung auf 74 ha, was zusammen mit der Fläche für die AST Vöslau, den Flächen für die Zubringerstraßen sehr wohl und ganz eindeutig über 100 ha und somit im km<sup>2</sup> Maßstab gelegen ist.

Herr Gemeinderat Helmut Leicher regt an, mehr Transparenz herbeizuführen um dieses Thema nicht nur im Stadtrat oder im kleinen Kreis zu diskutieren. Die ökologische Zusammenhänge sind zu beachten und alle Unterlagen und Gutachten sind vorzulegen, um sich eine Meinung bilden zu können.

Frau Abg.z.NR Gemeinderat Dr. Eva Mückstein verleiht ihrer Sorge Ausdruck, dass die Rahmenbedingungen für das Betriebsgebiet jedoch eine max. Flächenversiegelung ermöglichen. Darüber hinaus äußert sie Bedenken bezüglich der Objektivität der Planerstellung.

Herr Gemeinderat DI Andreas Zimmermann stellt dazu klar, dass der angesprochene Plan entsprechend eines Stadtratsbeschlusses durch DI Liske erstellt wird.

Herr Stadtrat Karl Lielacher erläutert, dass seiner Meinung nach die Grundstücke der „Teichwiese“ sicher nass wären, was schon durch den Namen zu vermuten ist.

Herr Bürgermeister DI Christoph Prinz ruft zur Ordnung und ersucht, auf Zwischenrufe zu verzichten und die Reihenfolge der Wortmeldungen einzuhalten.

Herr Gemeinderat Dr. Ernst Tiefengraber ist der Ansicht, dass die angesprochenen 25 ha Betriebsgebiet unter Berücksichtigung des vorliegenden wirtschaftlichen Konzeptes eigentlich mehr Flächen betreffen würden.

Herr Gemeinderat Ing. Bernhard Tschirk betont den Wert von Grünflächen und regt an, die derzeit brach liegenden Flächen zwischen Autobahn und Kläranlage zu nutzen.

Herr Bürgermeister DI Christoph Prinz erläutert zum Vorschlag von Herrn Gemeinderat Ing. Bernhard Tschirk, dass diese Flächen schon inkludiert sind. Zum vorliegenden Antrag erläutert der Herr Bürgermeister weiters, dass dieser nicht in der vorliegenden Form umzusetzen ist. Darüber hinaus sind solche Informationen eine Hohlschuld jedes einzelnen Gemeinderates und liegen immer rechtzeitig vor den Sitzungen auf. Da zu den Gutachten noch keine Endfassungen vorliegen, ist auch noch kein Endbericht möglich.

Herr Bürgermeister DI Christoph Prinz formuliert folgenden Gegenantrag:

Wie in Bad Vöslau immer gehandhabt (und üblich) – wird zum gegebenen Zeitpunkt ein Termin fixiert, zudem wieder alle befassten und von den Ausschüssen her zuständigen Gemeinderäte und sämtliche Parteien geladen werden. Zu diesem Termin können alle vorhandenen Unterlagen eingesehen und auch von Seiten des Amtes erläutert werden. Nach Erhalt der Einladung steht es jedem Gemeinderat frei, die zur Verfügung stehenden Aktenteile einzusehen und sich davon Kopien anzufertigen.

Frau Abg.z.NR Gemeinderat Dr. Eva Mückstein bemängelt, dass dieser Termin nicht ausreichen wird, um umfangreiche Gutachten behandeln zu können.

Herr Bürgermeister DI Christoph Prinz erläutert nochmals, dass dies die rechtlich korrekte Vorgangsweise ist. Daraufhin bringt er den ursprünglichen Antrag zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen die 5 Mitglieder der FPÖ, die 4 Mitglieder der SPÖ, die 4 Mitglieder der ÖVP und die 2 Mitglieder der Grünen. Gegen den Antrag stimmen 21 Mitglieder der Liste Flammer, der Stimme enthält sich Herr Gemeinderat Oliver Proske (Liste Flammer). Der Antrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Daraufhin gelangt der Gegenantrag zur Abstimmung:

Für den Antrag stimmen 21 Mitglieder der Liste Flammer, der Stimme enthalten sich Herr Gemeinderat Oliver Proske (Liste Flammer), die 5 Mitglieder der FPÖ, die 4 Mitglieder der SPÖ und die 4 Mitglieder der ÖVP. Gegen den Antrag stimmen die 2 Mitglieder der Grünen.

Der Antrag ist somit mehrheitlich angenommen.

b) Herr Gemeinderat Dr. Ernst Tiefengraber berichtet:

Bürgerbeteiligung für Photovoltaik-Module auf Gemeindeobjekten

In den Parteiengesprächen am 28.5. 2014 berichtet der Bürgermeister, dass die für das Bürgerbeteiligungs-Projekt Photovoltaik auf Gemeindeobjekten erforderliche Förderung nicht sichergestellt werden konnte.

Der Gemeinderat möge daher beschließen, gemeinsam mit dem Umweltausschuss und den Fachabteilungen im Rathaus ein alternatives Konzept zur Umsetzung des Projektes zu erstellen.

Der Antrag wird nach Wortmeldungen von Herrn Gemeinderat Dr. Ernst Tiefengraber und Herrn Stadtrat Thomas Mehlstaub einstimmig angenommen.

c) Frau Stadtrat Elisabeth Schirk berichtet:

Prüfung sämtlicher zukünftiger Bauvorhaben hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Verkehrssituation und Verkehrsreduktion/verkehrsberuhigtes Stadtzentrum:

Da in den nächsten Monaten größere, markante Bauvorhaben geplant sind, die sowohl Einfluss auf die Stadt- als auch auf die Verkehrsentwicklung haben (z. B. Tremnhof, betreutes Wohnen, Veilchengasse) wird beantragt, sämtliche zukünftige großvolumige Bauvorhaben hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Verkehrssituation mit dem Ziel der Verkehrsreduktion zur Erreichung eines verkehrsberuhigten Stadtzentrums fachkundig zu prüfen.

Zu diesem Antrag erfolgen Wortmeldungen von Frau Abg.z.NR Gemeinderat Dr. Eva Mückstein, Herrn Stadtrat Bmstr. Ing. Martin Koisser, Herrn Gemeinderat Helmut Leicher, Herrn Gemeinderat Dr. Ernst Tiefengraber, Herrn Gemeinderat Jörg Redl sowie Erläuterungen durch Herrn Bürgermeister DI Christoph Prinz.

Nach eingehender Diskussion und auf Anregung von Herrn Gemeinderat Jörg Redl, gemeinsam eine Lösung herbeizuführen, zieht Frau Stadtrat Elisabeth Schirk den Antrag zurück, der Gemeinderat ist sich einig, diesen Punkt dem Sicherheits- und Verkehrsausschuss zuzuweisen.

Herr Bürgermeister DI Christoph Prinz bedankt sich für die Zusammenarbeit und wünscht allen Mitgliedern des Stadt- und Gemeinderates erholsame Sommermonate.

Ende der öffentlichen Sitzung um 21.10 Uhr.

